

Bericht aus der Sondersitzung der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 07.08.2026

Haushalt 2027: Soziale Infrastruktur statt blindem Sparziel

Im Mittelpunkt der Sondersitzung stand erneut die finanzielle Situation der Stadt und insbesondere die Eckpunkte für den Haushalt 2027 sowie die Sicherung der Finanzierung der freien Träger. Nachdem die Debatte beim letzten Mal aufgrund der Hitze nicht abgehalten werden konnte, machte sie diesmal deutlich, wie weit die politischen Vorstellungen über den Umgang mit der Haushaltslage auseinanderliegen. Während die CDU „Konsolidieren heißt für uns Sparen“ zur alleinigen Maxime erklärte und eine Erhöhung der Gewerbesteuer kategorisch ablehnte, betonten SPD und Grüne die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen und die Notwendigkeit, den sozialen Frieden und die städtische Infrastruktur zu schützen. Aber auch Liban Farah (SPD) machte deutlich, dass die SPD klar zu ihrem Wahlprogramm stehe und eine Erhöhung der Gewerbesteuer ablehne.

Für uns ist klar: Die Stadt hat einen Konsolidierungsbedarf. Ein pauschales, nominales Sparziel ist für uns jedoch der falsche Weg. Wer 15 Millionen Euro zum Ziel erklärt, muss diese Summe am Ende erreichen. Dies gilt unabhängig davon, ob sich auf dem Weg dorthin herausstellt, dass die Einsparungen nicht sinnvoll sind oder sie neue Probleme und Folgekosten verursachen. Unser Ansatz ist ein anderer: Erst müssen politische Ziele für ein soziales, gerechtes und ökologisches Marburg definiert werden, dann kann entschieden werden, wie diese Ziele mit knapper werdenden Mitteln erreicht werden können. Zu den schutzwürdigen Bereichen gehören für uns insbesondere Kinderbetreuung, Soziales, Bildung und Kultur.

Besonders wichtig ist dabei die Sicherung der freien Träger. Sie leisten gerade angesichts zunehmender gesellschaftlicher Probleme einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und zu demokratischen Verhältnissen. Vertreter*innen der freien Träger haben in den vergangenen Wochen mit Protestaktionen und offenen Briefen deutlich gemacht, was auf dem Spiel steht. Ohne verbindliche finanzielle Zusagen drohen kurzfristig Kündigungen und massive Einschnitte in das soziale und kulturelle Netz unserer Stadt. Dass Verträge bereits gekündigt wurden, ohne den freien Trägern eine Alternative oder finanzielle Zusicherung zu geben, ist dabei besonders problematisch. Der Änderungsantrag von SPD, Grünen, Volt und Klimaliste hatte die ursprüngliche Vorlage aus unserer Sicht deutlich verbessert. Die vorgesehenen Ankerwerte auf dem Niveau von 2023 bieten mehr Planungssicherheit als die ursprünglich vorgesehenen Werte von 2022.

Aus unserer Sicht wären jedoch Ankerwerte auf dem Niveau von 2024 notwendig, um kurzfristig heftige Einschnitte zu verhindern. Positiv ist auch, dass die Zusicherungen auf weitere Gruppen der freien Träger ausgeweitet wurden. Gleichzeitig bleibt unsere Kritik bestehen: Die Einnahmeseite wird zu wenig konkret betrachtet. Insbesondere die Gewerbesteuer wird nicht ausdrücklich als Instrument der Konsolidierung genannt. Das halten wir für einen politischen Fehler. Die Konsolidierung wird nicht allein über die Gewerbesteuer gelingen, aber zusätzliche Einnahmen sollten einen wichtigen Beitrag leisten, um den Druck zu mildern und soziale Infrastruktur zu schützen. Jan Schalauske (Co-Fraktionsvorsitzender) machte deshalb deutlich, dass die Zustimmung der Linken einen schwierigen Spagat darstellte: „Zwar haben wir dem Änderungsantrag von SPD, Grünen, Volt und Klimaliste zugestimmt, jedoch nur um den Konsolidierungsdruck durch die Haushaltsaufstellung, der aus der Feder des Kämmerers kommt, zu mildern und die Planungssicherheit und Finanzierung der freien Träger zu verbessern.“ Die Zustimmung zu den Eckpunkten ist ausdrücklich keine Zustimmung zum späteren Haushalt. Über diesen wird die Stadtverordnetenversammlung erst entscheiden. Für uns ist dabei klar: „Wir werden uns [...] einbringen, mit dem Ziel all das zu schützen, was unsere Stadt sozialer, gerechter und lebenswerter macht.“ stellte Schalauske klar.

Bauen für die Rendite oder für die Menschen?:

Kontrovers diskutiert wurde außerdem die Änderung des Bebauungsplans an der Frauenbergstraße/Molkereistraße. Christoph Ditschler (FDP) stellte die Frage, ob es bei der Kritik tatsächlich um die Pläne oder lediglich um den Bauträger gehe. SPD und Grüne verteidigten das Vorhaben als wichtigen Schritt für die Stadtentwicklung, während Volt auf fachliche Mängel, unter anderem eine fehlende Verkehrsuntersuchung, hinwies. Für uns steht eine andere Frage im Mittelpunkt: Für wen wird hier eigentlich gebaut? Die Fraktion sorgt sich um die Realisierung der 30% Sozialwohnungsquote, insbesondere weil diese erst im vierten und somit letzten Bauabschnitt gebaut werden sollen und als eigener Wohnkomplex geplant sind. Schalauske machte deutlich, dass das Hauptanliegen des Vorhabens aus unserer Sicht keineswegs bezahlbares Wohnen ist, sondern die Renditeerwartung des Investors. Wenn gleichzeitig von einer neuen Stadtentwicklung gesprochen wird, muss auch darüber gesprochen werden, wer sich die entstehenden Wohnungen leisten kann. Für uns bleibt dagegen klar: Renditeinteressen führen nicht zu bezahlbarem Wohnraum.

Azubi-Wohnheim: Endlich kommt Bewegung in die Sache:

Ein erfreuliches Zeichen setzte das Stadtparlament beim geplanten Azubi-Wohnheim in Cappel. Nach langem Stillstand soll das Projekt nun endlich vorangebracht werden. Der

entsprechende Antrag wurde einstimmig angenommen. Wir begrüßen diesen gemeinsamen Weg ausdrücklich. Gerade bei hohen Wohnkosten braucht es mehr Angebote für Menschen, die sich in Ausbildung befinden und mit ihrem Einkommen auf dem regulären Wohnungsmarkt kaum Chancen haben.

Verkehrspolitik in Cappel: Sachliche Lösung statt ideologischer Grabenkämpfe:

Auch die Verkehrssituation im Gewerbegebiet Cappel wurde erneut diskutiert. Die CDU beklagte eine Vermischung mit dem Verkehrskonzept Move35 und forderte zunächst eine genaue Analyse der Ursachen. Die Grünen verwiesen darauf, dass bereits ein Verkehrskonzept vorgelegen habe, dem die CDU allerdings nicht zugestimmt habe. Es gehe nicht darum, Autofahrenden zu schaden, sondern darum, ein konkretes Verkehrsproblem zu lösen. Die AfD nutzte die Debatte erwartungsgemäß für einen Rundumschlag gegen die Verkehrspolitik der Stadt. Somnavilla (AfD) sprach von „grüner Ideologie“ und erklärte: „Alles was die Sozialisten anfangen, geht kaputt.“ Gleichzeitig stimmte auch die AfD dem Antrag zu. Dies war nicht der einzige Totalausfall Somnavillas an diesem Tag: Schon bei der Debatte um die Eckwerte hielt der AfD-Stadtverordnete die vielleicht menschenverachtendste, diskriminierendste und ekelhafteste Rede, die das Marburger Stadtparlament in den letzten Jahrzehnten hören musste. Für uns ist klar, dass wir alles in unserer Macht stehende tun werden, um dieser Partei und diesen Aussagen entgegenzutreten! Der Antrag wurde anschließend gegen die Stimmen der Klimaliste bei Enthaltung der Volt-Fraktion angenommen.

Mähfreier Mai: Biodiversität braucht gute Konzepte:

Zum Abschluss wurde über die Erfahrungen mit dem „Mähfreien Mai“ berichtet. Die CDU stellte vor allem die praktische Umsetzbarkeit und den gestiegenen Pflegeaufwand infrage. Grüne und SPD betonten dagegen, dass sich die Anforderungen an die Pflege städtischer Grünflächen verändern müssten. Für uns ist klar: Ökologische Stadtpolitik muss praktisch funktionieren und weiterentwickelt werden. Die Erfahrungen aus dem ersten „Mähfreien Mai“ sollten deshalb genutzt werden, um die Grünpflege gezielter und ökologischer zu gestalten.

Herzliche Grüße der Fraktion Die Linke in der Marburger Stadtverordnetenversammlung!

Jan Schalauske, Miriam Stoll, Nicole Wehnert, Lasse Wenzel, Viktoria Ehrke, Greta Grimm, Lena Reschke